

öh-kuddel-öh-muddel-öh-

IAESTE-PRAKTIKANTENSTELLEN

zwischen 1. und 5. Februar findet die Verteilung der IAESTE-Praktikantenstellen statt.

Wir hoffen, daß wir auch in diesem Jahr mehr Stellen erhalten als Anmeldungen waren, daher: Wer Interesse hat, auch wenn keine Anmeldung erfolgte, soll sich in dieser Zeit in der ÖH bei Romana melden.

Wir möchten nochmals in Erinnerung bringen, daß diese IAESTE-Stellen in erster Linie Praktikantenstellen sind, d.h., daß der Verdienst nicht großartig ist (es gibt schon Ausnahmen gegeben haben), die Lebenshaltungskosten sind auf alle Fälle gedeckt und die IAESTE des jeweiligen Landes ist auch behilflich, eine Unterkunft zu finden.

INTERNATIONALER STUDENTENAUSWEIS

Der internationale Studentenausweise gibt's bei Romana in der ÖH. Kosten S 30,--; bitte bringt das Foto und etwas "PERSÖNLICHES", daß Ihr inskribiert seid, nicht!

KRANKENVERSICHERUNG

Für Studenten, die nicht mehr von den Eltern mitversichert sein können, besteht die Möglichkeit, in der Gebietskrankenkasse eine freiwillige Studentenversicherung abzuschließen. Nähere Auskünfte direkt bei der Stmk. Gebietskrankenkasse, Josef Ponratz Platz 1, Tel. 835-0 oder in der ÖH.

REGIEKARTEN

Opern- und Schauspielhaus

Der Student erhält mit seinem Studentenausweis an der Vor-

verkaufs- und an der Abendkasse 50% Ermäßigung. Für eine Begleitperson, die keinen Studentenausweis hat, gibt es in der ÖH bei Romana sogenannte "Regiekarten". Außerdem liegt in der ÖH die Theaterzeitung auf und für jede Veranstaltung gibt es die "Theaterzettel" mit Angaben mit dem Inhalt, über Regiekonzept, etc.

SOMMERJOBS 1982

Wie Ihr sicher auch schon bemerkt haben werdet, schaut's heuer sehr sehr schlecht mit Sommerjobs aus. Die Firmen, mit denen wir uns in Verbindung gesetzt haben, sehen ziemlich schwarz für Arbeitsgenehmigungen für Studenten aus Österreich.

Auch bei den Leasing-Firmen

sieht's nicht rosiger aus.

Wir bekommen im März Personalbögen von einigen Konstruktions-Leasing-Büros, außerdem liegen in der ÖH Adressen von Firmen auf.

Bitte beachtet, daß die Leasing-Firmen mit VORSICHT zu genießen sind!

Den Herrn Jülich, der sicher vielen von Euch ein negativer Begriff ist, den gibt's schon wieder und er sucht schon wieder Leute (Firmenname ist nun Nord-West-Bau).

Also, wenn Ihr Fragen habt, wenn Ihr einen Job hättet, aber es fehlt die Arbeitsgenehmigung, kommt's in die ÖH!

Bei Romana liegen nach den Ferien Adressen der oben genannten Firmen auf, bei ihr gibt's auch Informationen über Arbeitsgenehmigungen, Versicherung etc.

Schluß mit dem Menschenhandel

Der moderne Sklavenhandel in der Bundesrepublik, offiziell Leiharbeit oder „Arbeitnehmerüberlassung“ genannt, nimmt ein immer größeres Ausmaß an. Offiziell sind es zwar „nur“ etwa 40 000 Arbeitnehmer, die von rund 1600 zugelassenen Verleihfirmen an andere Unternehmen „vermietet“ werden. Doch das ist nur die Spitze des Eisbergs. Man schätzt, daß es inzwischen über 300 000 illegale Leiharbeiter gibt, meist Ausländer, für die vielfach weder Steuern noch Sozialversicherungsbeiträge abgeführt werden. Dem Staat und der Gesellschaft entstehen dadurch Milliardenverluste.

Experten beziffern allein die Steuerverluste durch illegale Leiharbeit auf knapp zehn Milliarden DM, wobei die Tendenz steigend ist. Daß diese Zahl keineswegs aus der Luft gegriffen wurde, zeigt eine Untersuchung, die im Auftrag des Bundesarbeitsministeriums in einigen ausgewählten Arbeitsamtbezirken von Nordrhein-Westfalen durch-

geführt wurde. So schätzen die Steuerfahnder in Wuppertal den Verlust an Umsatz- und Lohnsteuern auf 20 bis 30 Millionen DM. Im Bereich der Oberfinanzdirektion Köln wird von mehreren hundert Millionen DM gesprochen. Da nur ein Bruchteil der Leiharbeiter bei der Sozial- und Krankenversicherung angemeldet wird, entstehen auch dort Milliardenverluste. Allein die Allgemeine Ortskrankenkasse Köln beziffert ihre dadurch entstehenden Beitragsausfälle auf schätzungsweise 100 Millionen DM.

Ein Verbot der Leiharbeit, wie es die Gewerkschaften seit langem fordern, würde nicht nur mit einer Praxis aufräumen, welche die verfassungsrechtlich geschützte Würde des Menschen eindeutig verletzt, sondern auch dem Staat und der Sozialversicherung einen beträchtlichen Teil jener Milliarden zuführen, die sie zur Erfüllung ihrer Aufgaben dringend benötigen.

Die illegal tätigen Leiharbeiter drücken außerdem das

Lohnniveau und verdrängen Dauerarbeitskräfte. Wenn keine Sozialversicherungsbeiträge und keine Lohnsteuern gezahlt werden, können Leiharbeiter natürlich billiger beschäftigt werden als Stammarbeitskräfte. Aus diesem Grund werden von vielen Unternehmen zunehmend Dauerarbeitsplätze abgebaut und dafür bei Bedarf Leiharbeiter beschäftigt. Man schätzt die Zahl der bisher dadurch verlorengegangenen Arbeitsplätze auf über 100 000.

Zusätzliche Beschäftigungsmöglichkeiten für solche Arbeitnehmer zu erschließen, die keine Dauerstellung annehmen können oder wollen, vor allem auch für Hausfrauen, war einer der Gründe, warum das Bundesverfassungsgericht im Jahre 1967 die bis dahin verbotene Leiharbeit zugelassen hat. Diese Absicht wurde durch die Praxis inzwischen ins genaue Gegenteil verkehrt. Die Leiharbeitszeit spielt sich inzwischen häufig in einem kriminellen Umfeld ab. Straftaten reichen von der Urkundenfälschung über die nackte Ausbeutung hilfloser und sprachunkundiger Ausländer bis zur Schwerstkriminalität.

(AUS DER "GEWERKSCHAFTSPOST")